

Erscheint
wöchentlich dreimal;
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
verborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N^o 132.

Paderborn, 3. November

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (die Lehen- und Fideikommiss; Erfurt (Sitz des Reichstages); Münster (Conflict der bischöflichen Behörde mit der Regierung); Düsseldorf (Garnison-Wechsel); Detmold (der Dreikönigsbund); Schleswig (Preußen werden erwartet); Frankfurt (Erzherzog Albrecht; der Prinz von Preußen; der Reichsverweiser zurückgeführt); Darmstadt (Prinz von Preußen); München (Concil); Aus Bayern (Fallmerayer schriftlich verfolgt); Aus der Pfalz (die Garnisonen); Stuttgart (neues Ministerium); Naßau (Advocat Grether).

Donaufürstenthum. (Die Flüchtlinge.)

Schweiz. (Die Flüchtlinge.)

Ungarn. Pesth (die Kettenbrücke vollendet).

Frankreich. Paris (Louis Napoleon).

Holland. Haag (das neue Ministerium).

Spanien. Madrid (der König und Marvaez).

Italien. (Die öst. Truppen in Toscana; die Revision der Gesetzgebung in Rom.)

Deutschland.

Berlin, 29. Oct. Der zweiten Kammer steht zu morgen ein heftiger Kampf bevor. Die Lehen und Fidei-Commiss, die Beschränkungen der freien Verfügung über das Grundeigenthum und die aus der Souveränität und Erbunterthänigkeit fließenden Befugnisse und Lasten stehen auf der Tagesordnung. Simson ist Referent für diesen Abschnitt der Verfassung. Die Commission ist überall den Beschlüssen der ersten Kammer beigetreten. Sie will also wie diese in Betreff des Verbots der Lehen und der Fidei-Commiss die Bestimmung des Art. 38 der Verfassung vom 5ten Dec. nicht ändern und nur eine Ausnahme zu Gunsten der Familien-Stiftungen zulassen. Ebenso soll das Recht der freien Verfügung nur in Bezug auf Erwerbung von Liegenschaften durch die todte Hand eine Beschränkung erleiden. Den Satz im Art. 40 der Verfassung, der die bestehenden Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung bis zur Emanirung der neuen Gemeindeordnung in Geltung läßt, hat die Commission unter die transitorischen Artikel verwiesen. Die ausdrückliche Untersagung von Lehen und Fidei-Commissen in der Verfassung hält die Commission deshalb für unerlässlich, weil, wie der Bericht anführt, die mannigfachen Verkümmernungen noch im Gedächtniß seien, welche die im Sinne der Verfassung vom 5. Dec. seit dem Jahre 1807 angebahnte Gesetzgebung seit dem Jahre 1814 auch in diesem Betracht erfahren hat. Die Entschädigungsfrage ist zur Feststellung mit der ersten Kammer der Special-Gesetzgebung überlassen worden. — Das von der Regierung vorgelegte Gesetz über die Feststellung der bei Ablösung der Real-Lasten zu beachtenden Normal-Preise wird von der Agrar-Commission der ersten Kammer zur Annahme mit den von der zweiten Kammer beschlossenen Modificationen empfohlen. Nur in Betreff von Werths-Ermittelung von festen, nicht in Körnern bestehenden Abgaben, weicht die Commission von der zweiten Kammer darin ab, daß sie die Entrichtung der Abgabe in der mittlere und nicht in der geringeren Qualität als Voraussetzung vorschreibt. Eine andere Abweichung betrifft die Verpflichtung zur Ausfütterung von Vieh. Der Abgeordnete Kuh ist Referent.

— Die Wahl Erfurts zum Sitz des Reichstages für den Bundesstaat findet hier sehr heftige Gegner, und man scheint sich ernsthafte Mühe zu geben, dieselbe rückgängig zu machen. Die Eigenschaften, wodurch Fr. v. Radowicz sie zu empfehlen wußte, sind in der That sehr geeignet, für diese Wahl zu entscheiden. Erfurt ist eine paritätische Stadt; sie gehört weder dem Norden noch dem Süden Deutschlands anschließend an; sie liegt auch ziemlich zwischen Ost und West in der Mitte, und ihre Eigenschaft als Festung befähigt sie gerade dazu, ihr eine gewisse Neutralität dadurch zu verschaffen, daß sie zur Bundes-Festung erhoben und ihre Besatzung der Bundes-Gewalt verpflichtet wird. — Oesterreich hat gegen die Berufung des Reichstages keinen Protest eingelegt.

Nur ist, wie ich höre, ein Schreiben eingelaufen, worin auf höchst freundschaftliche Weise darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Widerspruch Hannovers und Sachsens bedenkliche Folgen haben könne.

Münster, 26. Oct. Wie in der Diözese Trier, so ist auch in der unsrigen bereits ein Conflict der bischöflichen Behörde mit der Regierung ausgebrochen. Bekanntlich ist bereits vor mehreren Jahren zu Gassdorf im Clevischen ein Knaben-Seminar errichtet, die Anstalt aber in Folge der bekannten früheren Conflicte bisher nicht ins Leben getreten. Auf Grund der Verheißungen der octroyirten Verfassung vom 4. December v. J. ist die Anstalt aber seit dem 15. October d. J. eröffnet, und sind als Lehrer für die bereits eingetretenen 20 Schüler der Geistliche Herr Berger von hier und noch ein anderer Geistlicher von der hiesigen bischöflichen Behörde hingesandt worden. Die Regierung, welche das Ernennungsrecht derselben bestreitet, hat jedoch dem Antritte der beiden Lehrer Hindernisse in den Weg gelegt, ja, dem Vernehmen nach dieselben mit Gewalt entfernt. So viel steht fest, daß die bischöfliche Behörde der Regierung erklärt hat, sie werde nur der Gewalt der Bajonnette weichen. W. B. S.

Düsseldorf, 30. Oct. Heute hat uns das 5. Mlanen-Regiment, das mehr als 25 Jahre hier in Garnison stand, verlassen, um seine vorläufigen neuen Standquartiere zu Deutz und Bonn zu beziehen. Später wird das Regiment bekanntlich in Trier kaserniren. Ein großer Theil der Bevölkerung gab ihm das Geleite. Die Generalität und der größte Theil des Offiziers-Corps der andern hiesigen Truppentheile eröffneten beim Abmarsch den Zug. Düss. 3.

Detmold, 27. October. Die Regierung hat dem Landtage eine Mittheilung über den Anschluß an das berliner Bündniß gemacht. Der Beitritt ist am 29. September unbedingt geschehen, die Ratification noch vorbehalten. Angehängt ist dieser Mittheilung das betreffende Separat-Protokoll des Verwaltungsrathes vom 29. September und nachstehendes interessantes

Verzeichniß

der dem Bündnisse zwischen Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai 1849 bis jetzt beigetretenen deutschen Regierungen, nebst Angabe des Tages, sowohl des Beitrittes als der Ratification.

Name der Regierung:	Tages des Beitritts:	der Ratification:
1. Baden	21. Juni 1849,	1. Juli 1849.
2. Anhalt-Bernburg	23. Juni	5. Juli
3. Sachsen-Weimar	10. Juli	23. Juli
4. Nassau	29. Juli	31. Juli
5. Kurhessen	31. Juli	6. August
6. Mecklenburg-Strelitz	27. Juni	6. August
7. Sachsen-Koburg-Gotha	18. Juli	10. August
8. Braunschweig	10. August	12. August
9. Sachsen-Altenburg	26. Juli	14. August
10. Reuß ältere Linie	15. August	22. August
11. Mecklenburg-Schwerin	27. Juni	23. August
12. Hamburg	14. August	29. August
13. Bremen	23. Juli	30. August
14. Reuß jüngere Linie	15. August	3. Sept.
15. Großherzogthum Hessen	3. September	3. Sept.
16. Oldenburg	13. Juli	10. Sept.
17. Anhalt-Desfau u. Köthen	12. Sept.	14. Sept.
18. Schwarzb.-Rudolstadt	3. August	—
19. Schwarzb.-Sondershausen	5. Sept.	—
20. Lippe-Deimold	29. Sept.	—

Kassel, 28. October. Die „N. Hess. Z.“ theilt den der Ständerversammlung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volksause des nächsten Reichstages, mit. Danach sollen für das Kurfürstenthum Hessen und das Fürstenthum